

«Asylzentrum hemmt die Entwicklung»

SEEWEN Am Unternehmenspodium gestern Abend war das Entwicklungspotenzial der Urmibergachse zentrales Thema. Da passt ein Asylzentrum schlecht hinein.

FRANZ STEINEGGER

Organisiert von der FDP-Ortspartei Schwyz, zeigte Kantonsrat Jean-Claude Balmer im Schulungsraum der Arthur Weber AG im Wintersried die «unterschiedlichen Takte» auf, nach denen die beiden Entwicklungsgebiete der Urmibergachse ticken: Für Brunnen Nord seien Investoren vorhanden. Es sei attraktiv geworden, weil sich eine Lösung bei der Erschliessung abzeichne. In Seewen hingegen habe der Gemeinderat schon 2005 dem Bund ein Kaufangebot für das Zeughausareal gemacht. Doch komme man nur sehr langsam voran, auch punkto Erschliessung.

«Baurecht zu vernünftigen Preisen»

Anschliessend kreuzten zwei Politiker und zwei Unternehmer die Klingen. Schon beim ersten grossen Thema – «Zeughausareal im Baurecht oder kaufen» – zeigten sich signifikante Unterschiede. Während Gemeinderat Ivo Husi froh ist, dass nun endlich Bewegung in die Sache kommt, würden die Unternehmer Arthur Wettstein und Christoph Weber ein Gelände lieber kaufen als im Baurecht erwerben – vor allem bei langfristigen Perspektiven.

Regierungsrat Kurt Zibung wies darauf hin, dass der Bund der Regierung ein Baurecht «zu vernünftigen Preisen» versprochen habe. Das könne unter Umständen besser sein als ein Kauf, denn Armasuisse müsse aufgrund der geltenden Regelungen die Parzellen



Die vier Podiumsteilnehmer (von links): Arthur Wettstein, Investor Nova Brunnen, Kantonsrat Christoph Weber, Geschäftsführer Arthur Weber AG, Volkswirtschaftsdirektor Kurt Zibung und Gemeinderat Ivo Husi. In der Mitte Gesprächsleiter Jürg Auf der Maur.

Bild Franz Steinegger

dem Meistbietenden abtreten – und das könnte teuer werden.

Die Versprechen des Bundes

Klare Worte fand Christoph Weber zum geplanten Asylzentrum, «welches das Wintersried und die Zeughäuser für Gewerbler nicht unbedingt attraktiver macht». Seine Firma habe schon frühzeitig beim Bund Interesse für dieses Gelände angemeldet, «und jetzt kommt sowas», ärgerte er sich. Er bezweifle, ob ein grosser Andrang für diese Gegend einsetzen werde, denn nicht nur das Asylzentrum, sondern auch die grosse Konkurrenz in den umliegenden Kan-

tonen und dem sich negativ entwickelnden steuerlichen Umfeld seien schlechte Aussichten.

Volkswirtschaftsdirektor Zibung betonte, dass das Asylzentrum die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Gegend beeinträchtige: «Wir hatten andere Perspektiven. Es gibt bessere Standorte für ein solches Zentrum.» Ivo Husi hielt dem entgegen, dass es nicht Sache des Gemeinderates sei, «die Bundespolitik anzuzweifeln. Wir haben eine Chance gesehen, dass Bewegung in die Geschichte kommt, dass sich Türen öffnen.» Es sei dem Gemeinderat versprochen worden, dass bei den baulichen

Anpassungen das einheimische Gewerbe berücksichtigt und Mitarbeiter vor Ort bevorzugt eingestellt würden.

FDP-Politiker kritisiert «Spartrip»

Zur Verlagerung des SBB-Freiverlades beim Bahnhof in Seewen – ein zentraler Baustein zur Erschliessung des Zeughausareals – sagte Kurt Zibung, dass «die Regierung sieben Vorschläge hat, aber es fehlen einfach drei Millionen Franken». Der Schwyzer FDP-Gemeinderat Ivo Husi kritisierte diesen «Spartrip». Es könne doch nicht sein, dass wegen einer relativ kleinen Investition auf ein Projekt mit solch grosser, nach-

haltiger Wirkung verzichtet werde. Unternehmer Christoph Weber klagte, dass «die Politik uns in Seewen vorgeben will, welche Branchen man ansiedeln will und welche nicht». Die Durchmischung sei wichtig, wie das in Brunnen Nord angepeilt werde, «wir wollen Ortsansässige und Auswärtige». Regierungsrat Zibung wünscht sich, dass entlang der Urmibergachse «eher Kleinbetriebe mit bis zu 100 Angestellten angesiedelt werden, um das Klumpenrisiko von Massenentlassungen klein zu halten».

Die Diskussion endete in einem Buffet, wo man sich freundschaftlich fand.

Die Schwyzer stehen hinter der Schweizer Asylpolitik

SCHWYZ Aller Kritik zum Trotz: Ein grosser Teil der Bevölkerung ist mit der Asylpolitik zufrieden. Wohl auch wegen den freiwilligen Arbeitseinsätzen.

JÜRG AUF DER MAUR UND
IRENE LUSTENBERGER

Jetzt kommt Bewegung in die Sache. Noch sind Asylbewerber in der Schweiz mit einem Arbeitsverbot belegt. Das führt für die Flüchtenden dazu, dass sie oft frustriert herumhängen müssen. Und der Öffentlichkeit werden Kosten verursacht. Spätestens langfristig, wenn die Asylbewerber vorläufig aufgenommen oder nicht ausgeschafft werden können und nach Jahren dann in die wirtschaftliche Sozialhilfe der Gemeinden fallen.

Hier müssten neue Wege gesucht werden, und zwar möglichst schnell, forderte der frühere SP-Nationalrat Rudolf Strahm. Das Arbeitsverbot müsse aufgehoben werden, sonst drohe eine Zeitbombe bei der öffentlichen Hand.

Forderungen in Schwyz

Ähnliche Töne sind auch im Kanton Schwyz zu hören. So forderte Markus Blättler, der Leiter des Schwyzer Migrationsamtes, kürzlich an einer Veranstaltung in Brunnen ebenfalls Schritte in diese Richtung. Und CVP-Präsident Andreas Meyerhans wurde konkret und fordert, dass die Landwirtschaft künftig statt Hilfskräfte aus dem EU-Raum, also etwa polnische Beerenpflücker oder Spargelstecher, konsequent Asylbewerber einsetzen müsste.

Bereits heute werden diese, wenn sie das Gewerbe nicht konkurrenzieren, etwa zur Waldpflege, zum Unterhalt von Wanderwegen oder für andere öffentliche Aufgaben eingesetzt.

Über 4000 Manntage

Auf Asylbewerber wird im Kanton Schwyz schon heute stark zurückgegriffen. Das zeigt eine Zusammenstellung, welche der Verband Schwyzer Gemein-

de-Angestellter im Asylwesen (VSGA) in seinem Jahresbericht ausführt. Der Verband führt im Auftrag des Kantons Beschäftigungsprogramme durch.

2015 wurden nicht weniger als 4204 Manntage respektive 33632 Arbeitsstunden geleistet. Zahlenmässig wurden diese durchschnittlich von 63 Teilnehmern pro Monat an 355 Tagen erbracht. Rund zwei Drittel, nämlich 2780 Manntage, wurden für Arbeiten in Wald und Natur eingesetzt. Auch bei der Neophytenbekämpfung kamen Asylsuchende zum Einsatz.

430 Personen befragt

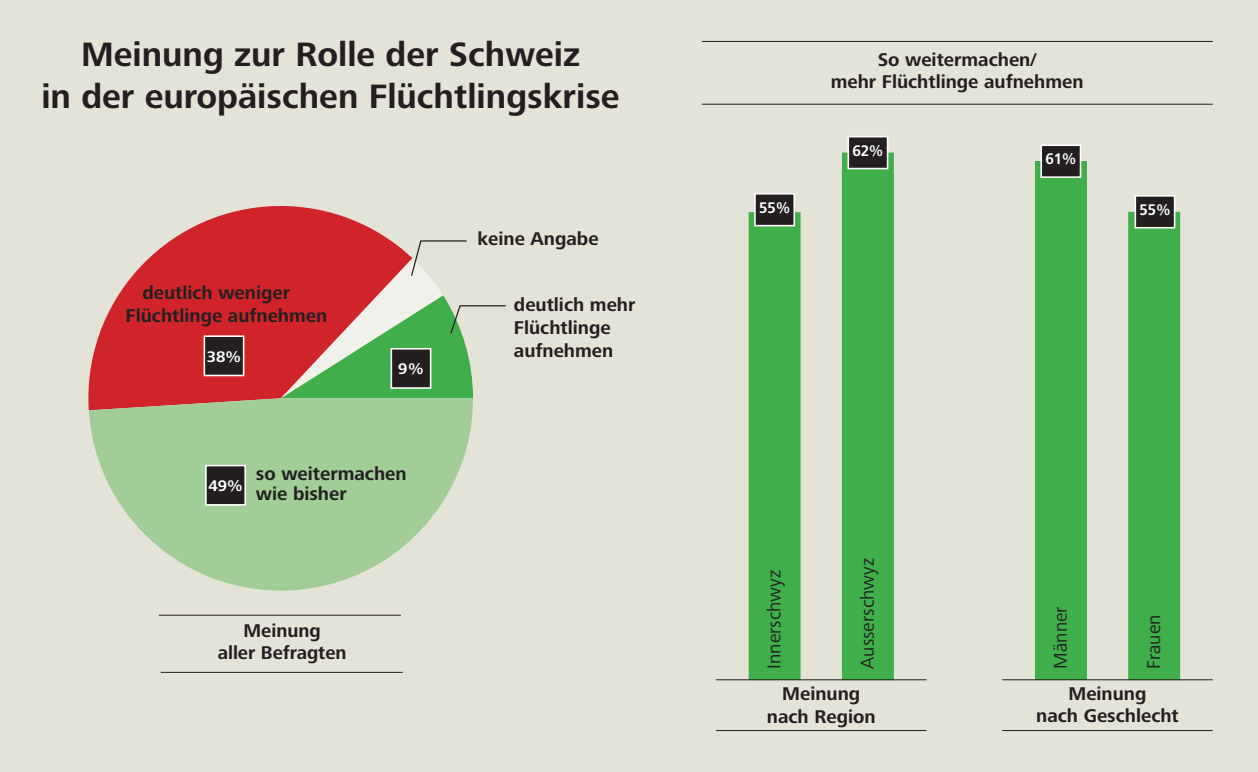
Solche Einsätze dürften nicht zuletzt dazu beitragen, dass die Präsenz von Asylsuchenden akzeptiert wird. Eine Umfrage des «Boten der Urschweiz» im vergangenen Herbst sorgt jedenfalls für Überraschung. Aller Kritik zum Trotz: Das Asylwesen insgesamt ist breit abgestützt. Der «Bote» wollte in 430 Telefoninterviews von der Bevölkerung in allen Bezirken wissen, wie sie die Rolle der Schweiz in der europäischen Flüchtlingskrise sehen.

Männer sind asylfreundlicher

Nicht weniger als 49 Prozent, also fast die Hälfte aller Befragten, sprachen sich dafür aus, dass die Schweiz so weitermacht wie bisher. 9 Prozent der Schwyzerinnen und Schwyzer möchten gar, dass sich die Schweiz noch stärker engagiert, während 38 Prozent dafür sind, dass deutlich weniger Flüchtlinge als bisher aufgenommen werden.

Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Inner- und Ausserschwyz. In Innerschwyz sind die Vorbehalte in der Asylpolitik offenbar grösser als in Ausserschwyz. 62 Prozent in Ausserschwyz wollen, dass mehr oder gleich viele aufgenommen werden wie bisher, während es im inneren Kantons- teil 55 Prozent sind. Auch hier steht damit aber eine deutliche Mehrheit hinter der offiziellen Schweizer Flüchtlingspolitik.

Die Schwyzer Männer sind dabei gegenüber Flüchtlingen weniger abweisend als die Frauen. Nur 35 Prozent der Männer sprechen sich für eine geringere Zahl bei den Aufnahmen aus. Bei den Frauen sind es 42 Prozent.



Die Flüchtlingspolitik der Schweiz wird von 58 Prozent der Schwyzer unterstützt. Sie wollen, dass gleich viele oder gar mehr Leute hier Schutz bekommen.

Grafik Benno Schönbächler, Bild Andreas Seeholzer